

**Redebeitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
zur Vorlage B- 80/2008, Grundsatzentscheidung Haltepunkt Küchwald  
Stadtrat Chemnitz, Sitzung vom 09.07.2008**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst bitte ich um 2 kleine handschriftliche Änderungen auf dem von uns ausgereichten Änderungsantrag: Es muss oben natürlich heißen B-80 aus 2008 und nicht aus 2007 und im ersten Satz muss es heißen „beschließt die Bauvorbereitung“ und nicht „beschließt den Bau“. Beides ist logisch und erklärt sich von selbst, denn wir haben 2008 und nicht 2007 und bauen kann die Stadt natürlich erst, wenn das Planrechtsverfahren abgeschlossen ist und wir einen Bauausführungsbeschluss mit der dazu gehörenden gesicherten Finanzierung gefasst haben. Dieser steht heute nicht auf der Tagesordnung. Diesen aber nun endlich auf den Weg zu bringen und nicht ewig alle möglichen Alternativen abzuwägen - das ist das Ziel unseres Änderungsantrages.

Meine Damen und Herren, seit eineinhalb Jahren prüfen und ermitteln Stadtverwaltung, VMS und CVAG die Grundlagen für diesen Haltepunkt. Im September 2007 wurde dann eine Machbarkeitsuntersuchung vorgelegt, die den Bau eines einseitigen Bahnsteiges vorschlägt. Doch anstatt endlich eine Entscheidung zum Bau vorzubereiten sollen nach Auffassung des VMS und der Stadtverwaltung weitere Prüfungen erfolgen. Dabei hat der Stadtrat bereits im November 2006 einstimmig beschlossen, die Planungs- und Entscheidungsgrundlagen für einen Bahnhofhaltepunkt gemeinsam mit dem VMS zu erarbeiten.

Entweder wurde bei der Machbarkeitsuntersuchung von völlig falschen Annahmen ausgegangen oder die Aufgabenstellung war nicht umfassend genug. Es ist unverständlich, warum erst im Nachgang dieser - sicher sehr teuren Untersuchung - nun plötzlich die Notwendigkeit eines zweiten Bahnsteiges ins Spiel gebracht wird. Das ganze führt zu Verzögerung und man bekommt den Eindruck: Alle Verantwortungsträger sind gegen den Haltepunkt, außer 54 ehrenamtliche Stadträte und ein Bürgerinitiative in der Eisenbahnersiedlung. Man darf gespannt sein, welches „Wenn und Aber“ uns als nächstes offenbart wird: Zum Beispiel die Wirtschaftlichkeit, oder die späteren Betriebskosten - alles Themen, mit denen man den Wunsch der Bürger nach einem Haltepunkt systematisch totschießen kann.

Kurzum, wir lehnen die Vorlage der Verwaltung nicht ab, wollen aber das Verfahren beschleunigen. Die notwendigen Beschlüsse für Planung und Bauausführung können bereits jetzt so vorbereitet werden, dass die Ergänzung eines zweiten Außenbahnsteiges zu einem späteren Zeitpunkt immer noch möglich ist. Durch diese Parallelität gewinnen wir Zeit. Das ganze Verfahren wird sowieso noch viele Monate in Anspruch nehmen.